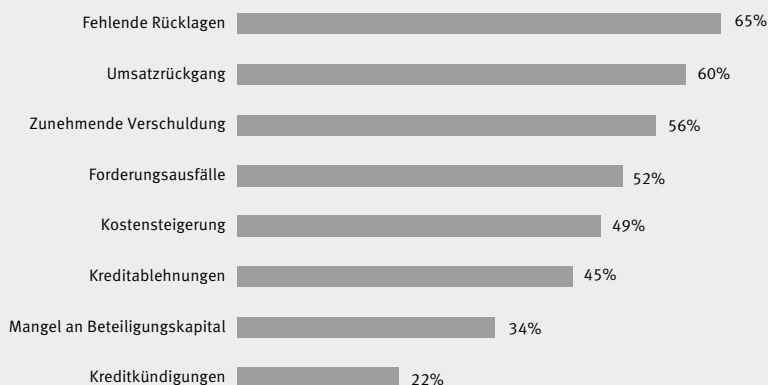


Trotz Gewinnen gehen junge Unternehmen häufig vom Markt

Rund 60.000 bis 70.000 Unternehmen in Deutschland, die nicht älter als fünf Jahre waren, sind im Schnitt zwischen 2000 und 2008 jährlich geschlossen worden. Nur bei rund 15 Prozent dieser Unternehmensschließungen wurde ein Insolvenzantrag gestellt. Ein bemerkenswert hoher Anteil von etwa 30 Prozent geht ohne wirtschaftlichen Zwang vom Markt. Dies sind Ergebnisse einer Studie, die im Auftrag des BMWi die Ursachen für die Schließung junger Firmen im oben genannten Zeitraum untersucht. Sie wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Insolvenz und Sanierung (ZIS) der Universität Mannheim sowie dem Verband der Vereine Creditreform erstellt.

Finanzielle Probleme geschlossener junger Unternehmen



ZEW-Marktaustrittsbefragung 2009, Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: ZEW

Nur ein geringer Anteil von jungen Unternehmen wird im Zuge von Insolvenzen geschlossen. Dennoch gingen dort jährlich rund 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze durch Insolvenzen verloren. Etwa 50.000 bis 60.000 Arbeitsplätze wurden in den ohne Insolvenzverfahren geschlossenen Firmen pro Jahr abgebaut, das sind nur circa 1,2 mal mehr als in den insolventen Unternehmen, bei vier mal so hohen jährlichen Schließungszahlen. Von Insolvenzverfahren sind eher größere Jungunternehmen betroffen. Für die Schließung des großen An-

teils junger Unternehmen, die ohne wirtschaftlichen Zwang aufgegeben wurden, sind enttäuschte Einkommenserwartungen seitens der Jungunternehmer, als zu belastend empfundener Stress und familiäre Auswirkungen durch die unternehmerische Tätigkeit, gesundheitliche Probleme oder die von vielen als zu riskant eingeschätzte Unternehmenstätigkeit verantwortlich. Immerhin sind im Durchschnitt der betrachteten Jahre etwa 26.000 Arbeitsplätze jährlich durch solche Schließungen aus persönlichen Gründen abgebaut worden. Das ist na-

hezu die Hälfte aller Arbeitsplatzverluste durch Schließungen ohne Insolvenzverfahren.

Wege aus dem Markt

Ein nennenswerter Anteil der jungen Unternehmen hat vor der aus persönlichen Gründen vorgenommenen Schließung zumindest temporär bewiesen, dass dem Unternehmen eine marktaugliche Geschäftsidee zugrunde liegt. So haben 70 Prozent dieser geschlossenen Jungunternehmen im Laufe ihrer Marktaktivitäten die Gewinnschwelle überschritten. Das heißt, die Unternehmen wurden nur zu einem kleinen Teil mit realitätsfremden Konzepten gegründet. Hier ist zu vermuten, dass die erzielten Gewinne zwar unter Umständen hinreichend gewesen wären, um die Unterneh-

IN DIESER AUSGABE

Trotz Gewinnen gehen junge Unternehmen häufig vom Markt	1
Gute Noten für Basel III	2
Boom bei Software-Gründungen – Stagnation in der Spitzentechnik.....	3
Deutschland im Aufschwung – wichtige Entscheidungen stehen an	4
Gezielte Personalmaßnahmen zur Förderung Älterer sind wirksam	5
Nachgefragt: zum Krisenpotenzial von Wechselkursmanipulationen	6
Private Haushalte wenden deutlich mehr Ressourcen für Bildung auf als der Staat ...	7
ZEW Konferenzen	9
ZEW Intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

men prinzipiell am Leben zu erhalten, aber nicht hinreichend, um für die Unternehmer eine adäquate Kompensation ihrer Belastungen gegenüber alternativen abhängigen Beschäftigungen zu gewährleisten.

Vielfältige Krisenursachen

Den einen Grund für den Marktaustritt gibt es nicht, sondern es gibt mehrere Ursachenbündel, die zu einer ausgewogenen Situation für die betroffenen jungen Unternehmen führen können. Es lässt sich jedoch eine „Rangfolge“ der Ursachen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Marktaustritte identifizieren. An erster Stelle sind Finanzierungsprobleme der

Gründungen zu nennen (siehe Abbildung). Empirische Hinweise auf Anzeichen für eine systematische Unterkapitalisierung der jungen Unternehmen sind gut belegt. Die Unmöglichkeit, in hinreichendem Maße Rücklagen aufzubauen, um temporäre Rückschläge noch bewältigen zu können, eine in solchen Situationen schnell zunehmende Verschuldung, die dann in der Ablehnung weiterer Kredite mündet, all das sind deutliche Anzeichen für die Liquiditätseingänge, denen sich die Unternehmen gerade zu Beginn ihrer Marktaktivitäten ausgesetzt sehen. Nicht selten resultiert die systematisch zu geringe Anfangsfinanzierung aus den Kreditvergabestrategien der Banken, welche die Höhe der von ihnen gewährten

Darlehen an das Volumen bereits vorhandener Sicherheiten binden und nicht an die Chancen, die sich durch die neue Geschäftstätigkeit real eröffnen. So wird der nötige Umfang der Finanzierung nicht gewährt, die Gründer starten schon mit einem Handicap. Darüber hinaus sind Forderungsausfälle, Auftragsrückgänge oder nicht antizipierte Kostensteigerungen weitere häufige Schließungsursachen aber auch der Mangel an „unternehmerischen Fähigkeiten“, etwa im Hinblick auf strategische Entscheidungen wie eine realistische Wachstums- oder Investitionsstrategie.

Die Studie finden Sie im Internet unter www.zew.de/publikation5894.

Jürgen Egel, egeln@zew.de

Gute Noten für Basel III

Basel III schützt Banken besser vor künftigen Krisen. Davon zeigt sich die große Mehrheit der 214 Finanzmarktexperten überzeugt, die das ZEW zu den geplanten Änderungen der Eigenkapitalregulierung, kurz Basel III genannt, befragt hat. Zur Stabilität der Banken trägt nach Auffassung der Experten besonders die durch Basel III festgelegte höhere Kernkapitalquote bei sowie die engere Definition dessen, was als Kernkapital gelten darf. Ebenfalls stabilisierend wirkt, so die Experten, der Ausweis einer Kennzahl in der Bankenbilanz, die den Verschuldungsgrad des Geldinstituts offenlegt (Leverage Ratio).

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat sich auf umfassende Änderungen bei der Eigenkapitalregulierung von Banken geeinigt. Über diese Änderungen, auch Basel III genannt, werden die Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel Mitte November in Seoul entscheiden. Nach Einschätzung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten ist Basel III geeignet, das Risiko von Banken zu senken und deren Stabilität zu erhöhen.

Rund 92 Prozent der vom ZEW befragten Analysten befürworten, dass die Kernkapitalquote – Fachkreise sprechen von der Tier 1 Mindesteigenkapitalquote – bis zum Jahr 2019 von derzeit vier auf sechs Prozent steigen soll. Die Kernkapitalquote beschreibt das Verhältnis von Aktien oder Genossenschaftsanteilen und Gewinnrücklagen zu den risikobezogenen Aktiva. Eine höhere Kernkapitalquote bedeutet für die Bank, dass sie höhere Rücklagen

bilden oder neue Anteilsscheine ausgeben muss, um mögliche Verluste besser abfangen zu können.

Darüber hinaus begrüßen 85 Prozent der Befragten eine engere Definition dessen, was künftig als hartes Kernkapital gelten soll. Basel III sieht vor, dass stille Einlagen bei Aktiengesellschaften in Zukunft nicht länger zum harten Kernkapital gehören. Denn häufig können sie nicht umstandslos herangezogen werden, um die Verluste eines Unternehmens zu decken. Durch die striktere Definition von Kernkapital steigt somit die Fähigkeit der Bank, Verluste zu tragen.

Schließlich erwarten gut 82 Prozent der befragten Finanzmarktexperten, dass die Einführung einer Leverage-Ratio die Transparenz auf den Finanzmärkten erhöht. Die Leverage-Ratio spiegelt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme wider und gibt damit Aufschluss

über den Verschuldungsgrad einer Bank. Basel III sieht vor, dass die Banken eine Leverage Ratio von drei Prozent nicht überschreiten sollen.

Systemische Risiken bestehen nach wie vor

Die Einführung eines Eigenkapitalzuschlags für systemrelevante Banken ist zwar nicht im Rahmen von Basel III geplant, dennoch wird sie derzeit diskutiert. Dass sie die Stabilität von Banken erhöhen würde, deren Insolvenz Auswirkungen auf das gesamte Bankensystem hätte, erwarten immerhin 58 Prozent der befragten Finanzmarktexperten.

Die Änderungen von Basel III zielen vor allem darauf ab, einzelne Banken besser gegen Krisen zu wappnen. Um das systemische Risiko im Bankensektor insgesamt zu reduzieren, reichen nach Meinung von 43 Prozent der Befragten die jetzt vorgesehenen Änderungen allerdings noch nicht aus. Dass Basel III sehr wohl die Finanzmärkte insgesamt sicherer machen wird, davon zeigt sich aber immerhin fast ein Drittel der Befragten überzeugt.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Boom bei Software-Gründungen – Stagnation in der Spitzentechnik

Im Jahr 2009 ist die Anzahl der High-Tech-Gründungen in Deutschland auf über 14.000 angestiegen. Der Software-Bereich verzeichnete sogar einen regelrechten Gründungsboom. Allerdings nahmen die High-Tech-Gründungen im Bereich der Spitzentechnologie weiter ab. Im Vergleich zur Anzahl der Gründungen in den 1990er Jahren mit jährlich etwa 19.000 Neugründungen liegt die aktuelle Gründungstätigkeit im High-Tech-Sektor weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Dies sind Ergebnisse einer Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit Microsoft Deutschland auf Basis des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP).

Der Anstieg der Gründungstätigkeit im High-Tech-Sektor ist zum großen Teil auf die Einführung der Unternehmergesellschaft im Zuge des Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts Ende 2008 zurückzuführen. Die haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft ist für viele, insbesondere kleine Unternehmen eine attraktive Rechtsform. Diese Rechtsform scheint vor allem in der Software-Branche gut angenommen zu werden. Die Gründungstätigkeit nimmt hier um 45 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Bleiben Unternehmergesellschaften unberücksichtigt, erhöht sich die Anzahl der Gründungen in der Softwarebranche noch deutlich um 15 Prozent. Die Gründungstätigkeit steigt ebenfalls in der hochwertigen Technik um zehn Prozent an. In der Spitzentechnik nimmt die Anzahl der Unternehmensgründungen weiter ab.

Für die aktuelle Studie wurde eine Synopse weitverbreiteter Hemmnisse für die Gründung und die Entwicklung junger Unternehmen erstellt und durch Fallstudien vertieft.

Häufige Wachstumshemmnisse

Etwa ein Drittel der jungen Unternehmen hat Probleme bei der Marktpositionierung, der Auftragsakquise und beim Aufbau eines Kundenstamms. So berichten High-Tech-Gründer über die zentrale Bedeutung eines Referenzkunden, um weitere Kunden erfolgreich ansprechen zu können. Gerade etablierte Unternehmen haben Bedenken, mit jungen Start-ups zusammenzuarbeiten und sich bei essentiellen Aufgaben auf die Kompetenz neuer Unternehmen zu verlassen. Ferner sehen sich viele Gründer Finanzie-

rungsengpässen gegenüber. Die interviewten Geschäftsführer junger Unternehmen kritisieren den eingeschränkten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten bei traditioneller Kreditfinanzierung sowie die zu geringe Anzahl an Venture-Capital-Gebern. Letztere hätten sich in den vergangenen Jahren zunehmend auf die Wachstumsphase konzentriert, sich aus der Finanzierung der ersten Lebensjahre des Start-ups dagegen zurückgezogen. Gemeinhin wird angenommen und auch in vielen empirischen Studien gezeigt, dass bürokratische Hürden ein Gründungshemmnis darstellen. Die für die ZEW-Studie durchgeführten Unternehmensinterviews zeigen jedoch, dass Bürokratie als lästig aber nicht als unüberwindbar eingeschätzt wird.

High-Tech-Gründungen anregen

Wesentliche radikale Innovationen, die maßgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beitragen, stammen aus Unternehmen der High-Tech-Sektoren. Das Gründungsgeschehen wird jedoch nicht durch High-Tech-Sektoren geprägt. Der Anteil der High-Tech-Gründungen an allen Unternehmensgründungen beträgt aktuell sieben Prozent. Aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung ist es wichtig, Gründungshemmnissen im High-Tech-Sektor entgegenzuwirken. Ein zentrales Handlungsfeld der Politik ist die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für hochinnovative, wachstumsorientierte und damit hochriskante Gründungen. Dies könnte durch bessere Rahmenbedingungen für Venture-Capital-Unternehmen und Privatinvestoren oder eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung erreicht werden. Essentiell ist jedoch auch eine Erweiterung des Gründerpotenzials, indem etwa die Anzahl der Absolventen der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge erhöht wird.

Dr. Diana Heger, heger@zew.de
Daniel Höwer, hoewer@zew.de

Das Mannheimer Unternehmenspanel und die High-Tech Abgrenzung

Das ZEW arbeitet in Kooperation mit dem Verband der Vereine Creditreform am Aufbau von Paneldateien zu deutschen Unternehmen. Erhebungseinheit ist das rechtlich selbstständige, wirtschaftsaktive Unternehmen. Auf der Basis dieses Panels wird die Gründungstätigkeit jährlich ausgewertet. Die Betrachtungen zum Gründungsgeschehen schließen die Wirtschaftssektoren Land- und Forstwirtschaft, den öffentlichen Sektor und Beteiligungsgesellschaften aus.

Der High-Tech-Sektor besteht aus der Spitzentechnik, der hochwertigen Technik und den technologieintensiven Dienstleistungen. Dabei werden Branchen mit einer FuE-Intensität von über acht Prozent der Spitzentechnik und zwischen 2,5 und acht Prozent der hochwertigen Technik zugeordnet. Zu den technologieintensiven Dienstleistungen werden Branchen gezählt, die technologisch anspruchsvolle Dienstleistungen (etwa Fernmeldedienste, Datenverarbeitung, FuE-Dienstleister, Architektur- und Ingenieurbüros) anbieten. Der Softwaresektor ist zwar Teil der technologieorientierten Dienstleistungen, er wird jedoch aufgrund seines in der digitalen Welt hohen Stellenwerts separat betrachtet.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Deutschland im Aufschwung – wichtige Entscheidungen stehen an

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Für das Jahr 2010 ist mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent, im Jahr 2011 von 2,0 Prozent zu rechnen. Die Anzahl der Arbeitslosen dürfte 2011 unter drei Millionen sinken. Dies sind zentrale Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010. Sie wird im Auftrag der Bundesregierung in Zusammenarbeit des ifo Instituts an der Universität München, der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, des ZEW Mannheim, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Kiel Economics, des Rheinisch Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Höhere Studien Wien erstellt.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Sie ist auf gutem Weg, den krisenbedingten Produktionseinbruch wettzumachen. Dabei hat die Erholung an Breite gewonnen. So wird die Expansion – anders als im Verlauf des Vorjahres – nicht mehr allein von einem Anstieg der Exporte und einem Umschwung bei den Lagerinvestitionen getrieben. Vielmehr ist auch die Binnenkonjunktur angesprungen, sowohl die privaten Konsumausgaben als auch die Unternehmensinvestitionen legten spürbar zu. Für das Jahr 2010 prognostizieren die Institute eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,5 Prozent. Die Anzahl der Arbeitslosen wird auf 3,25 Millionen sinken. Mit der kräftigen konjunkturellen Erholung wird die Zunahme des Budgetdefizits des Staates gebremst. Die Defizitquote fällt allerdings mit 3,8 Prozent deutlich höher aus als im Jahr 2009, vor allem weil die Finanzpolitik im laufenden Jahr noch expansiv ausgerichtet ist.

Inlandsnachfrage stützt die Konjunktur

Die Institute erwarten, dass sich die konjunkturelle Erholung in den Jahren 2011 und 2012 zwar fortsetzt, das Tempo allerdings spürbar geringer sein wird als in der ersten Hälfte dieses Jahres. Maßgeblich hierfür ist, dass die weltwirtschaftliche Expansion an Fahrt verliert. In der Folge wird der Außenhandel wohl kaum noch zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen. Damit wird die Inlandsnachfrage das Tempo der Ex-

pansion bestimmen. Stützend wirkt, dass die monetären Rahmenbedingungen hierzulande als sehr günstig einzuschätzen sind. Stimuliert wird die Binnennachfrage darüber hinaus durch die weitere Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt.

Weltwirtschaftliche Risiken

Für den Jahresdurchschnitt 2011 erwarten die Institute ein Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich dabei weiter verbessern. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt erstmals seit 1992 unter drei Millionen liegen. Die Inflationsrate wird im kommenden Jahr anziehen und voraussichtlich 1,6 Prozent betragen. Das Budgetdefizit des Staates dürfte sich infolge der Konsolidierungsmaßnahmen und des Auslaufens der Kon-

junkturprogramme, aber auch konjunkturbedingt zurückbilden. Es ist damit zu rechnen, dass die Defizitquote im nächsten Jahr bei 2,7 Prozent liegen wird.

Für die Prognose bestehen beträchtliche Risiken. So ist die Wahrscheinlichkeit keineswegs gering, dass die Vereinigten Staaten erneut in eine Rezession geraten. Zudem könnte es in China als Folge von Übersteigerungen an den dortigen Immobilienmärkten zu einer massiven Korrektur kommen. Auch ist die Schulden- und Vertrauenskrise einiger Staaten im Euroraum keineswegs ausgestanden.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland muss vor diesem Hintergrund den angekündigten Konsolidierungspfad weitergehen. Auf europäischer Ebene sind Insolvenzzordnungen für Staaten und Banken erforderlich. Ein strengerer Stabilitäts- und Wachstumspakt könnte als ergänzende Maßnahme sinnvoll sein. Eine Verlängerung des Rettungsschirms für Euroländer oder die Einführung von gepoolten Staatsanleihen sind dagegen genauso abzulehnen wie der von der EU-Kommission vorgeschlagene Mechanismus zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.

Die Gemeinschaftsdiagnose findet sich unter www.zew.de/publikation5947
Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de



Die deutsche Konjunktur wird auch von der Binnennachfrage getrieben.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Gezielte Personalmaßnahmen zur Förderung Älterer sind wirksam

Viele Betriebe sehen einer Alterung ihrer Belegschaften entgegen. Wir wissen jedoch, dass die Produktivität einiger Betriebe in Deutschland sinken wird, wenn der Anteil älterer Beschäftigter weiter steigt. Der Einsatz gezielter Personalmaßnahmen bietet einen möglichen Ausweg. So belegt eine aktuelle Studie des ZEW, dass ältere Beschäftigte über 50 Jahre deutlich produktiver sind, wenn sie beispielsweise in gemischten Teams mit jüngeren Kollegen zusammenarbeiten.

In den vergangenen 20 Jahren stieg das Durchschnittsalter der Beschäftigten in den Unternehmen um drei Lebensjahre. Angesichts der demografischen Entwicklung wird sich dieser Trend auch künftig fortsetzen. Es ist deshalb für viele Betriebe überlebenswichtig, dass ihre älteren Mitarbeiter eine ähnlich hohe Produktivität aufweisen wie ihre jüngeren Kollegen. Höhere Anteile älterer Beschäftigter reduzieren die betriebliche Produktivität zwar im Durchschnitt nicht, die relative Produktivität Älterer ist jedoch in vielen Betrieben unterdurchschnittlich. Eine aktuelle Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 10-069) untersucht den Zusammenhang zwischen dem Einsatz spezifischer Maßnahmen für ältere Beschäftigte und deren Produktivität im Vergleich zu älteren Beschäftigten, die nicht durch spezielle Personalmaßnahmen gefördert werden.

Auch Jüngere profitieren

Die Studie zeigt, dass Betriebe, die eine altersspezifische Ausstattung ihrer Arbeitsplätze anbieten, sowie Betriebe, die altersgerechte Beschäftigungsangebote machen, eine signifikant höhere relative Produktivität älterer Beschäftigter aufweisen als Unternehmen, die diese Maßnahmen nicht anbieten. Zu solchen altersgerechten Maßnahmen gehört beispielsweise, dass Ältere zu weniger belastenden körperlichen Tätigkeiten oder zu Aufgaben versetzt werden, die viel Erfahrungswissen erfordern. Dieses Ergebnis zeigt sich auch in Betrieben, deren Beschäftigte in altersgemischten Teams zusammen arbeiten. In diesen Unternehmen steigt neben der Produktivität Älterer auch die relative Produktivität

jüngerer Beschäftigter signifikant. Jüngere Beschäftigte profitieren somit offensichtlich im direkten Arbeitskontakt von der Expertise älterer Beschäftigter (siehe Abbildung).

Altersteilzeit ohne Effekte

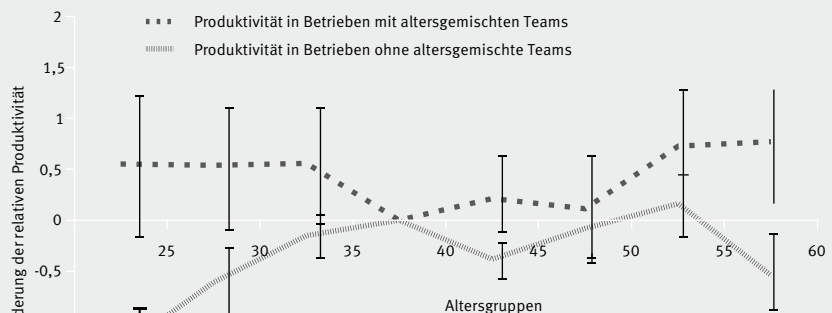
Zwei der untersuchten spezifischen Personalmaßnahmen erhöhen die relative Produktivität älterer Beschäftigter jedoch nicht – die Einbeziehung Älterer in Weiterbildungsmaßnahmen und Alters-

sogenannten Blockmodells, das heißt, die Betriebe bieten Altersteilzeit vornehmlich als eine Maßnahme für eine abrupte Frühpensionierung an, statt ein graduelles Ausgleiten in den Ruhestand zu ermöglichen. Somit scheinen diese beiden Personalmaßnahmen hauptsächlich aufgrund einer fehlerhaften Implementierung den erwünschten Effekt einer Erhöhung der Produktivität Älterer bisher nicht zu erreichen.

Repräsentative Untersuchungen

Die ZEW Studie basiert auf den Betriebs-Beschäftigtenpaneldaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Jahre 1997 bis 2005. Die Daten umfassen fast sieben Millionen Beschäftigte sowie gut 8.500 Betriebe. Auf

Alters-Produktivitätsprofile von Betrieben mit und ohne altersgemischten Teams



Lesehilfe: Betriebe mit altersgemischten Teams weisen eine höhere relative Produktivität der Beschäftigten in der Gruppe der 20-30-jährigen und der 55-60-jährigen Beschäftigten auf, als Betriebe ohne altersgemischte Teams. Die senkrechten Bänder markieren den Bereich, in dem die Veränderungen mit 95 Prozent Wahrscheinlichkeit liegen.

Quelle: ZEW

teilzeit. Weiterbildungsmaßnahmen für Ältere gehen häufig nicht mit einer Veränderung der Tätigkeit einher. Frühere Studien haben gezeigt, dass Weiterbildung häufig über den Weg einer veränderten Tätigkeit zu Produktivitätserhöhungen führt. Bei Altersteilzeit überwiegt in Deutschland bisher die Anwendung des

Beschäftigtenebene liegen zum Beispiel Informationen über Geschlecht, Ausbildung, Lohnhöhe oder Arbeiterfahrung vor. Für die Unternehmen werden Angaben etwa zur Branche, Betriebsgröße, Alter oder zur Wertschöpfung genutzt.

Dr. Christian Göbel, goebel@zew.de
Prof. Dr. Thomas Zwick, zwick@bwl.lmu.de

Nachgefragt: zum Krisenpotenzial von Wechselkursmanipulationen

Starke Aufwertung des Yuan gefährdet Stabilität der Weltwirtschaft

Wie gefährlich globale Ungleichgewichte sind, hat die Finanzkrise der Welt jüngst deutlich vor Augen geführt. Von einem Abbau der Leistungsbilanzdefizite auf der einen und einem Abschmelzen der Überschüsse auf der anderen Seite scheint die Weltwirtschaft derzeit aber weiter entfernt als vor der Krise: So stehen einige Länder, darunter insbesondere China, in der Kritik, die eigene Wettbewerbsfähigkeit mit gezielten Währungsmanipulationen zu Lasten anderer Länder zu verbessern. Welche Probleme von einem unterbewerteten Yuan ausgehen, erklärt Dr. Marcus Kappler, stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen am ZEW.

Die Vereinigten Staaten werfen China vor, den Yuan künstlich schwach zu halten und dadurch seinen Export und das heimische Wirtschaftswachstum anzuhetzen. Ist mit einer Aufwertung des Yuan zu rechnen?

Die globalen Wechselkursschwankungen sind unter anderem das Resultat der expansiven Geldpolitik der Vereinigten Staaten. Allein die Ankündigung der Notenbank, die Politik des billigen Geldes fortzuführen, hat den Dollar auf den Devisenmärkten stark unter Druck gesetzt. Außerdem ist die konjunkturelle Lage in China noch nicht gefestigt, auch dürfte der Außenhandelsüberschuss dort bald seinen Höhepunkt erreicht haben. Zwar hat die Chinesische Volksbank im Juni die enge Dollarbindung gelockert und damit einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer Flexibilisierung des chinesischen Wechselkurssystems getan. In der Folge hat der Yuan gegenüber dem Dollar leicht aufgewertet. Eine weitere Aufwertung des Yuan ist derzeit aus chinesischer Sicht aber keine Option. Die Weltwirtschaft muss erst wieder Tritt fassen, bevor von China erwartet werden kann, mit Anpassungen seiner Devisenpolitik zum Abbau der globalen Ungleichgewichte beizutragen. Schädlich wird es, wenn die derzeitigen Turbulenzen dazu führen, dass handelsprotektionistische Tendenzen generell verstärkt werden.

Welche Länder bringt der weiche Yuan besonders in Schwierigkeiten?

Nicht nur der Yuan, sondern auch der koreanische Won, der brasilianische Real und der argentinische Peso sind unter-

bewertet. Überwertet sind hingegen der US-Dollar und der Euro, woraus sich Belastungen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure aus dem Euro- und Dollarraum ergeben. Bisher trägt die Hauptlast der Dollar-Abwertung der Euro, da die Zentralbanken in den Schwellenländern ihre Wechselkurse durch Interventionen an die Dollar-Entwicklung koppeln, während die EZB solche gezielten Aktionen an den Devisenmärkten nicht durchführt. So hat der Euro gegenüber dem Dollar in den vergangenen Wochen bereits deutlich an Wert gewonnen. Sollte sich dies fortsetzen, würde der Anstieg der deutschen Exporte gebremst. Dies könnte die konjunkturelle Erholung hierzulande belasten.

Die Vereinigten Staaten drohen, chinesische Einfuhren mit Strafzöllen zu belegen. Ist das eine Lösung?

Strafsteuern auf chinesische Importe wären sicher eine drastische Antwort auf die Wechselkursinterventionen der chinesischen Regierung. Die Vereinigten Staaten werden jedoch diese Drohung vermutlich nicht umsetzen, da eine

schädliche Spirale von Vergeltungsaktionen in Gang gesetzt werden würde. Mal abgesehen von rechtlichen Fragen zur Umsetzung einer solchen Strafaktion im Rahmen der bindenden Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, sollten Maßnahmen zur Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte ergriffen werden, die am Kern des Problems ansetzen.

Was muss demnach getan werden, um die globalen Ungleichgewichte abzubauen?

Im Leistungsbilanzüberschuss Chinas spiegelt sich ein Überschuss an Ersparnissen im Vergleich zu den Investitionen. Hohe Kapitalabflüsse aus dem Reich der Mitte, deren Ziel insbesondere die Vereinigten Staaten sind, sorgen für die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite andernorts. Will man diese Ungleichgewichte abbauen, sollten eher Interventionen an den Kapitalmärkten vorgenommen werden als Eingriffe, die den internationalen Handel stören. Der Vorschlag zur Einführung einer Kapitalbilanz-Reziprozität von Daniel Gros etwa geht in die richtige Richtung: Nur wenn China seine Kapitalmärkte für ausländische Investoren öffnet, dürfen Chinas Banken im Gegenzug Kapitalanlagen im Ausland tätigen, insbesondere Käufe ausländischer Staatsanleihen. Amerikanische Staatsanleihen würden dadurch unattraktiver für chinesische Kapitalanleger und die Vereinigten Staaten müssten mehr auf eine heimische Finanzierung ihrer Staatsschulden



Foto: ZEW

Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre in Tübingen, Maryland (USA) und Berlin promovierte Dr. Marcus Kappler im Jahr 2007 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit dem Jahr 2002 am ZEW beschäftigt, ist Kappler stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Wachstums- und Konjunkturanalysen. Er forscht insbesondere zur Genauigkeit von Konjunkturprognosen, der strukturellen Arbeitslosigkeit und den Einflussfaktoren des Produktionspotenzials.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

setzen. Einem Abbau der Ungleichgewichte wäre dies zuträglich.

Der Kurs des Yuan ist fest an andere Währungen gekoppelt – vor allem an den Dollar. Was würde passieren, wenn China den Wechselkurs freigäbe?

Eine vollständige Freigabe ist derzeit nicht abzusehen. Ob eine komplette Frei-

gabe des Yuan überhaupt dem Ziel des Abbaus der Ungleichgewichte zwischen China und den Defizitländern zuträglich wäre, ist unter Ökonomen umstritten. Klar dürfte aber sein, dass eine starke Aufwertung, welche die Folge einer kompletten Wechselkursfreigabe wäre, die auf Yuan lautende Schuldenlast der chinesischen

Banken und Staatsunternehmen erhöhen und dadurch deren Stabilität gefährden würde. Im schlimmsten Fall käme es zu einer Krise im chinesischen Finanzsystem, welche zweifelsohne erhebliche Ausstrahlungen auf den Rest der Welt hätte.

Marcus Kappler, kappler@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Private Haushalte wenden deutlich mehr Ressourcen für Bildung auf als der Staat

*Die öffentliche Diskussion vermittelt leicht den Eindruck, Bildung sei ausschließlich eine Angelegenheit des Staates. So ist es jedoch nicht. Die privaten Haushalte in Deutschland wenden mehr als dreimal so viele Ressourcen für Bildung auf als der Staat. Sollte die Bundesregierung ihr Vorhaben tatsächlich umsetzen, die öffentlichen Bildungsausgaben bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen, muss sie im Gegenzug dafür Sorge tragen, dass die private Bildungstätigkeit möglichst nicht verdrängt, sondern ergänzt wird. Eine neue ZEW Studie bietet eine Orientierungshilfe aus der Sicht der Lebenszyklustheorie.**

Der jährliche OECD-Bildungsbericht zeigt auf, dass Deutschland im Jahr 2006 4,68 Prozent seines BIP für Bildung in Bildungseinrichtungen von der Vor- bis zur Hochschule ausgegeben hat (siehe Tabelle 1). Von diesen Bildungsaufwendungen haben staatliche Stellen etwa vier Prozent, private 0,68 Prozent übernommen. Die Bildungsaufwendungen in Deutschland sind im Vergleich der OECD-Länder eher bescheiden. Im Mittel geben die elf ausgewählten OECD-Mitglieder Australien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Polen, Schweden, Südkorea und die Vereinigten Staaten 5,71 Prozent ihres BIP für Bildung in Bildungseinrichtungen aus. Der staatliche Anteil liegt bei 4,63 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist die Frage gerechtfertigt, ob in Deutschland zu wenig in Bildung investiert wird und wie viel investiert werden sollte?

Allerdings lassen sich diese Fragen allein anhand der genannten Zahlen nicht beantworten. Insbesondere blendet der Bildungsbericht der OECD einen wichtigen Teil der Bildungsinvestitionen gänzlich aus: Während die öffentlichen Aufwendungen für Bildung in Bildungsein-

richtungen recht genau ermittelt werden, werden die privaten Bildungsinvestitionen deutlich unterschätzt.

Private Bildungsaufwendungen

Die Ausgaben für Bildung, die außerhalb der Bildungseinrichtungen stattfinden, das heißt überwiegend in Familien und in Betrieben, sowie die Ausgaben, die durch die Lernenden selbst getätigt werden, haben daher in der bildungspolitischen Diskussion bisher noch zu wenig Aufmerksamkeit erhalten.

Das ist aus zwei Gründen erstaunlich: Erstens sind die privaten Bildungsinvestitionen wesentlich umfangreicher als die öffentlichen und zweitens spricht einiges dafür, dass sie im Mittel deutlich effektiver sind. Denn immer dann, wenn es an ausreichend privaten Bildungsinvestitionen in Familien und Betrieben mangelt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass öffentliche Bildungsausgaben an Effektivität verlieren. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür sind die acht Prozent der Jugendlichen, die unsere Schulen jedes Jahr ohne Zeugnis verlassen, sowie die zwanzig Prozent der Jugendli-

chen eines Jahrgangs, die laut regelmäßigen Schülerleistungstests nicht ausreichend lesen und rechnen können. Diese als Bildungsverlierer bezeichneten Jugendlichen gehen zwar in die gleichen Schulen wie diejenigen, denen es gelingt, den Unterrichtsstoff zu verstehen und einen Abschluss zu erwerben. Sie erhalten also die gleichen Möglichkeiten des institutionellen Lernens. Ihnen fehlt jedoch vor allem ein entsprechender privater Rückhalt in der Familie oder im Freundeskreis.

Berechnung über den gesamten Lebenszyklus

Ergänzend zu den OECD Bildungszahlen hat das ZEW nun erstmals das Ausmaß aller Bildungsinvestitionen in Deutschland abgeschätzt. Die Berechnungen umfassen den gesamten Lebenszyklus des Menschen und die private und staatliche Bildungstätigkeit. Berücksichtigung fand insbesondere das Säuglings- und Kleinkindalter ebenso wie das Erwachsenenalter. Diese Lebensabschnitte sind in der herkömmlichen Bildungsstatistik mangels offizieller Erhebungen nicht enthalten. Grundlage der ZEW-Berechnungen sind die Opportunitätskosten der Betreuung und Pflege von Säuglings- und Kleinkindern, der Erziehung von Kindern und Jugendlichen, so-

* Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen – Effizienzanalyse, internationale Trends, Reformmöglichkeiten – Studie im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

wie der Bildung im Erwachsenenalter. Datenbasis sind offizielle Statistiken der OECD.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass im Jahre 2006 in Deutschland 16,58 Prozent des BIP für Bildung aufgewendet wurden (siehe Tabelle 2). Mit 13,57 Prozent entfällt dabei ein deutlich größerer Anteil auf private Investitionen. Im OECD Vergleich steht Deutschland ausgesprochen gut da. Denn die elf ausgewählten OECD-Länder gaben im Schnitt „nur“ 13,82 Prozent für Bildung aus, wobei dieser Wert staatliche und private Aufwendungen umfasst.

Im Lebenszyklus, so eine weiteres Ergebnis der ZEW-Studie, gehören die Deutschen im Erwachsenenalter (ab 18 Jahren) sogar zu den Bildungsweltmeistern. Denn in dieser Lebensphase betragen die Aufwendungen für Bildung insgesamt 7,32 Prozent, im OECD Mittel sind es 5,04 Prozent (siehe Tabelle 2). Deutschland ist als Export- und Wissenschaftsnation auf umfangreiche Investitionen in das Humankapital angewiesen. Die im Berufsleben zunehmenden Spezialisierungsnotwendigkeiten befördern

den Wunsch nach mehr Bildung. Die daraus resultierende Bildungsinvestitionstätigkeit wird in dieser Lebensphase von den Erwachsenen selbst, von tertiären Bildungseinrichtungen und den Betrieben geleistet. Die private Bildungstätigkeit überwiegt.

Verdrängungseffekte vermeiden

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die Bildungspolitik ziehen? Die privaten Bildungsinvestitionen sind in Deutschland mehr als dreimal so hoch wie die öffentlichen. Da die Regierung die staatliche Bildungstätigkeit weiter steigern will, sollten aus ökonomischer Sicht sinnvolle Kriterien für diese Aufstockung definiert werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Staat lediglich private Investitionstätigkeit verdrängt. Trotz Zunahme der staatlichen Bildungsausgaben würden die Investitionen in Bildung insgesamt nicht steigen. Die ZEW-Studie empfiehlt vor allem eine erhöhte staatliche Investitionstätigkeit kompensierend für die Gruppe der Kinder- und Jugendlichen, die von ihrer Her-

kunft her bislang zu wenig Bildung erhalten. In dieser Gruppe ist das angesprochene Problem der Verdrängung am wenigsten evident und zudem sind die erwarteten Erträge sehr hoch. Die gezielte zusätzliche Förderung sollte darüber hinaus früher als bisher beim Kind ankommen und über einen längeren Zeitraum dauern.

Verstärktes Angebot an Bildungskrediten

Zugleich deuten die Analysen des ZEW darauf hin, dass in den Ländern der OECD staatliche Ausgabensteigerungen in der tertiären Bildung, also im Bereich der Hochschulen, die private Bildungstätigkeit eher verdrängen.

Die Studie des ZEW empfiehlt daher, die private Finanzierung der Hochschulbildung auszubauen und begleitend das Angebot an Bildungskrediten zur Finanzierung der Studiengebühren entsprechend auszuweiten, damit kein Studiumswunsch am Geldbeutel der Eltern scheitern muss.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Tabelle 1: Anteil der Ausgaben insgesamt (privat und staatlich) für institutionelle Bildung am BIP – nach OECD-Berechnungen

	Region	Vorschule	Grund-, Haupt-, Realschule sowie Gymnasium bis zur Mittelstufe	Gymnasiale Oberstufe, Berufsschulen	Hochschulen	Alle
Anteil der Gesamtausgaben am BIP	Deutschland	0,51%	1,94%	1,16%	1,07%	4,68%
	OECD 11	0,40%	2,49%	1,22%	1,59%	5,71%

Anmerkungen: Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2006; OECD 11: elf ausgewählte Länder der OECD, inklusive Deutschland, siehe Text; eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Statistiken.

Tabelle 2: Anteil der Ausgaben insgesamt (privat und staatlich) am BIP im Lebenszyklus – ZEW-Berechnungen

	Region	0-3 Jahre: Säugling/Kleinkind	4-18 Jahre: Kinder/Jugendliche	Erwachsenenalter	Alle
Anteil der Gesamtausgaben am BIP	Deutschland	3,31%	5,95%	7,32%	16,58%
	OECD 11	3,29%	5,49%	5,04%	13,82%

Anmerkungen: Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2006; OECD 11: elf ausgewählte Länder der OECD, inklusive Deutschland, ZEW-Berechnungen auf der Grundlage des Opportunitätskostenansatzes.

Abschlusskonferenz zu SECO@home

Der Abschlussworkshop des Forschungsprojekts „Soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen eines nachhaltigen Energiekonsums in Wohngebäuden – SECO@home“ wurde Ende September 2010 in der Evangelischen Akademie in Loccum abgehalten. SECO@home untersuchte zwei Jahre lang die Konsumentenscheidungen privater Haushalte zum Energieverbrauch in Wohngebäuden.

Das vom ZEW koordinierte und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt zielte darauf ab, insbesondere folgende Fragen zu erhellen: Welchen Energiemix bevorzugt die Mehrheit der Bevölkerung? Was steht einer stärkeren Verbreitung von umweltfreundlichen Geräten und Technologien im Wege? Welche Faktoren bestimmen die Investition in eine energetische Modernisierungsmaßnahme? Zur Erhebung der notwendigen Haushaltsdaten wurde in Zusammenarbeit mit der Universität St.Gallen und der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) eine für Deutschland repräsentative Umfrage unter Mietern und Eigentümern durchgeführt. Um dem Verbraucher beim

Energiekonsum in Wohngebäuden genauer auf die Spur zu kommen, wurden innovative Befragungstechniken angewendet. Neben dem ZEW und der Universität St.Gallen kooperierten bei SECO@home auch das Fraunhofer ISI, das Öko-Institut sowie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Wille zum nachhaltigen Energiekonsum

Der zweitägige Abschlussworkshop von SECO@home bot Gelegenheit, die Projektergebnisse zahlreichen Gästen aus den Bereichen Politik und Verwaltung, aus Unternehmen und Verbänden sowie Wissenschaft und Forschung vor-

zustellen. Die Teilnehmer diskutierten darüber hinaus, wie eine sinnvolle Ausgestaltung von Förderinstrumenten für erneuerbare Energien und die energetische Gebäudesanierung aussehen sollten, welche Fortschritte bei der Liberalisierung des Messwesens erreicht wurden und wie das aktuelle Energiekonzept der Bundesregierung zu bewerten ist. Gestützt von den Projektergebnissen waren sich die Experten einig, dass nicht fehlender Wille seitens der Verbraucher den Weg zu einem nachhaltigen Energiekonsum in Wohngebäuden behindere. Vielmehr gelte es mit möglichst verlässlichen Rahmenbedingungen die Planungssicherheit für potenzielle Investoren zu erhöhen und bestehende Unsicherheiten abzubauen. Letztlich dürfe – bei allen Potenzialen des Wohngebäude-sektors – auch die Wirtschaftlichkeit von energiesparenden Maßnahmen nicht außer Acht gelassen werden.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Wissenschaftsadministration im Fokus

Gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) veranstaltete das ZEW am 18. Oktober 2010 ein Symposium zur „Autonomie und Flexibilität in der Wissenschaftsadministration – Best Practice“. Über 85 Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, Kaufmännische Direktorinnen und Direktoren sowie Experten und Entscheider aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen diskutierten unter anderem, an welchen Stellschrauben wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland drehen können, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Der Vorsitzende des ZEW-Aufsichtsrates, Gerhard Strathaus MdL, Finanzminister a.D. und Mitglied im Leitungsausschuss der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und führte in das Thema ein.

Anhand ihrer jeweiligen Einrichtungen stellten Susanne Boomkam-Dahmen, Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Katrin Erk, Kaufmännische Direktorin des ZI und der kaufmännische Direktor des ZEW, Thomas Kohl, die ülti-

gen Rahmenbedingungen der Wissenschaftsadministration vor. Die Bedingungen der Budgetierung von Forschungseinrichtungen aus der Perspektive des staatlichen Haushaltsrechts erörterte Robert Fischer vom Finanzministerium Baden-Württemberg. Der Generalsekretär der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech), PD Dr. Michael Klein, beschrieb Flexibilisierung in der Wissenschaftsadministration als Innovation, die es weiter zu entwickeln gilt.

Die Rahmenbedingungen für wissenschaftlichen Wettbewerb im internationa-

len Umfeld war Gegenstand des Vortrags von Prof. Dr. med. Andreas Meyer-Lindenberg, Vorstandsvorsitzender des ZI. Dr. Rolf Greve, Leiter des Hochschulamtes der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg, ging in seinem Referat auf die Regelung und Flexibilisierung in der Wissenschaftsadministration ein.

Lebhafte Debatte

Den Abschluss der gemeinsamen Veranstaltung von ZI und ZEW bildete eine lebhaft Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Katrin Erk (ZI), Robert Fischer (FM Baden-Württemberg), PD Dr. Michael Klein (acatech), Thomas Kohl (ZEW) und der Generalsekretärin der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V., Christiane Neumann.

Stephan Reichert, reichert@zew.de

ZEW INTERN

Kick-Off Konferenz zum Forschungsprogramm SEEK: “Going for Smart Growth with Knowledge and Innovations”

Vom 4. bis 5. März 2011 veranstaltet das ZEW die Kick-Off-Konferenz zum neuen Forschungsprogramm „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ – SEEK.

Die Konferenz möchte Wissenschaftlern sowie Vertretern aus Wirtschaft und Politik eine Plattform bieten, um über die Herausforderungen von wissens- und innovationsbasiertem Wachstum in Europa zu diskutieren. Darüber hinaus erhalten Forscher aus verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Feldern die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse vorzustellen. Wissenschaftler sind eingeladen, Beiträge für die Konferenz elektronisch einzureichen.

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter: www.seek.zew.eu



Am 27. September 2010 wurde die erste Wettbewerbsrunde zur Projektvergabe im Rahmen des SEEK-Programms abgeschlossen. Insgesamt gingen bis zum Fristende 23 Projektanträge von ZEW-Mitarbeitern in Kooperation mit renommierten internationalen Forschern ein. Die Anträge wurden einer externen Evaluation unterzogen, die durch das Scientific Board des SEEK-Forschungsprogramms erfolgte. Mitglieder des Scientific Boards sind Daron Acemoglu (MIT), Kai Konrad (MPI München), Josh Lerner (Harvard Business School), Pierre Mohnen (UNU-MERIT & Maastricht University), Bronwyn Hall (University of California at Berkeley & Maastricht University), Steve Machin (University College London), Fabrizio Zilibotti (University of Zurich), Wolfgang Franz (ZEW) sowie Georg Licht (ZEW).

Folgende Projekte werden in der ersten Runde des SEEK-Programms gefördert:

- Product Innovation under Uncertainty – The Effect of Dynamic Resource Allocation
- The Research Use Exemption from Patent Infringement – Boon or Bane?
- Interaction Between Innovation and Firm Dynamics and its Impact on Industry Structure and Economic Growth
- Patent Litigation in Europe
- How do Banks Screen Innovative Firms?
- Taxation and Corporate Innovation
- Firm Behavior Over the Product Life Cycle
- Anticipated Technology Shocks in the European Economies
- Induced Climate-related Innovations, Crowding out, and their Impacts on Competitiveness

TERMINE

Konferenz zu Konsolidierungsstrategien in Europa

Vom 24. bis 25. März 2011 veranstaltet das ZEW gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (AEI), dem Arbeitskreis Politische Ökonomie (APOE), dem Walter Eucken Institut sowie der Universität Freiburg eine Konferenz zum Thema „Konsolidierungskurs nach der Krise – Strategien für Europa“. Vor dem Hintergrund der infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise dramatisch angestiegenen Haushaltsdefizite der EU-Staaten beschäftigt sich die Konferenz mit der Analyse der aktuellen finanzpolitischen Entwicklungen, ihren Konsequenzen sowie möglichen Konsolidierungsstrategien für die Mitgliedstaaten der EU. Beiträge können bis zum 15. Januar 2011 eingereicht werden.

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.wipo.uni-freiburg.de/Abteilungen/Neumaerker/tagungen/APOE2011>

Konferenz zur Stabilität in Europa nach der Krise

Vom 21. bis 23. Februar 2011 veranstaltet das ZEW gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (AEI) die erste deutsche ECSA Konferenz für Nachwuchswissenschaftler zum Thema „Stabilität in Europa nach der Krise – Ein interdisziplinärer Ansatz“. Insbesondere vor dem Hintergrund der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise ist ein besseres Verständnis der (In-)Stabilität von politischen und wirtschaftlichen Systemen wünschenswert. Diese Konferenz bietet daher einen Rahmen für den interdisziplinären Austausch zwischen Nachwuchswissenschaftlern aus den Bereichen Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Geschichtswissenschaft. Vorschläge für Konferenzbeiträge können bis zum 6. Dezember 2010 eingereicht werden.

Nähere Informationen finden Sie im Internet unter: www.zew.de/aei-ecs2011

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-062, Ulrich Kaiser, Susan J. Menzies, Thomas Roende: Regulation of Pharmaceutical Prices: Evidence from a Reference Price Reform in Denmark.

Nr. 10-061, Daniel Osberghaus, Elyssa Finkel, Max Pohl: Individual Adaptation to Climate Change: The Role of Information and Perceived Risk.

Nr. 10-060, Dirk Czarnitzki, Johannes Dick: The Contribution of Corporate Ventures to Radical Innovation.

Nr. 10-059, Wolfgang Buchholz, Michael Schymura: Expected Utility Theory and the Tyranny of Catastrophic Risks.

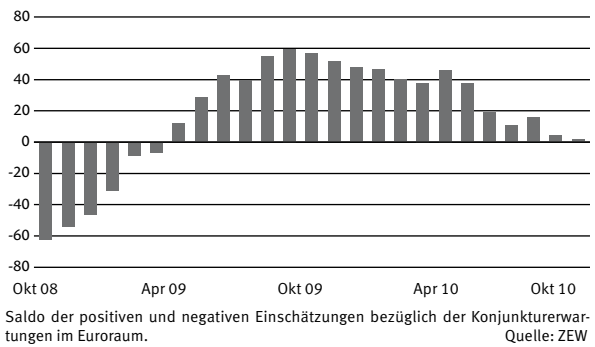
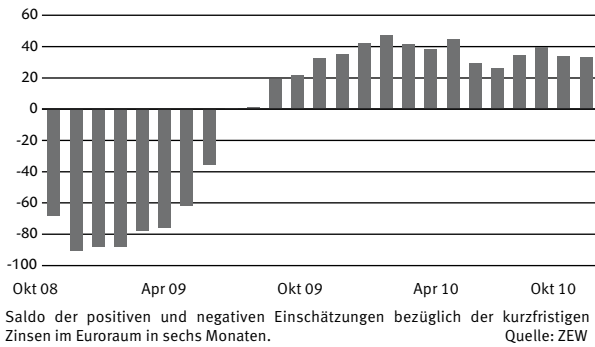
Nr. 10-058, Andreas Sachs: A Bayesian Approach to Determine the Impact of Institutions on the Unemployment Rate.

Nr. 10-057, Denis Beninger, Holger Boin, Julia Horstschräer, Grit Mühler: Wirkungen eines Betreuungsgeldes bei bedarfsgerechtem Ausbau frühkindlicher Kindertagesbetreuung: Eine Mikrosimulationsstudie.

Nr. 10-056, Victoria Alexeeva-Talebi: Cost Pass-Through in Strategic Oligopoly: Sectoral Evidence for the EU ETS.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2010



EZB: Wenig Zinsfantasie

Praktisch unverändert zum Vormonat zeigen sich derzeit die Zinserwartungen der Finanzmarktexperten in Bezug auf das kurze Ende: Fast zwei Drittel der vom ZEW Befragten rechnen mit gleichbleibenden kurzfristigen Zinsen im Laufe des nächsten halben Jahres. Erhöhungen der Leitzinsen durch die EZB erscheinen somit einer großen Mehrheit als unwahrscheinlich. Auszuschließen ist nach Einschätzung der befragten Analysten ein weiterer Rückgang der kurzfristigen Zinsen in der Eurozone.

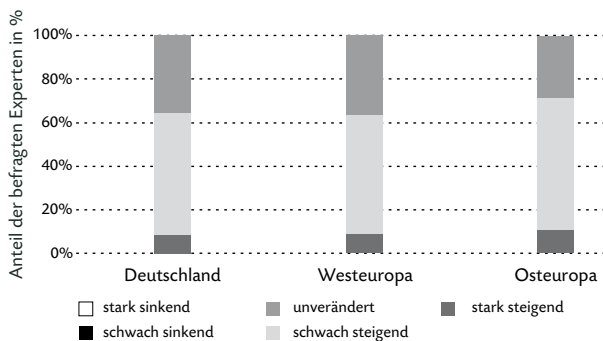
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Neutrale Erwartungen

Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Konjunkturerwartungen für die Eurozone befinden sich derzeit im neutralen Bereich. Da die Lageeinschätzung der Experten für den größten EU-Mitgliedstaat Deutschland mit 72,6 Punkten merklich besser ist als für die Eurozone insgesamt (minus 1,1 Punkte), liegt der Schluss nahe, dass die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten die wirtschaftliche Situation in einigen anderen Eurostaaten deutlich schlechter bewerten als der Indikator für die Eurozone widerspiegelt.

Christian David Dick, dick@zew.de

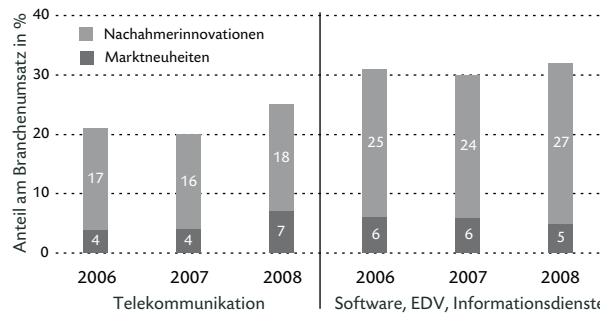
Experten erwarten steigende Preise für Schienentransporte



Nachdem sich die Mengen im Schienengüterverkehr konsolidieren, rechnen viele Experten damit, dass auch die Preise im kommenden halben Jahr anziehen werden – das erwarten jedenfalls zwei Drittel der im Rahmen des Transportmarktbarometers von ProgTrans/ZEW befragten Experten. Gemäß dem Erzeugerpreisindex für Schienengüterverkehre (Statistisches Bundesamt) stiegen die Preise sogar im Krisenjahr 2009 gegenüber 2008 bei den Einzelwagen- und Ganzzugverkehren noch ganz leicht an. Nun rechnen die Experten mehrheitlich mit einer etwas stärkeren Dynamik. Dies gilt vor allem für die Osteuropa-Routen.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Hoher Umsatzanteil mit Produktinnovationen in der EDV und Telekommunikation



Die EDV- und Telekommunikationsunternehmen konnten im Jahr 2008 ihren Umsatz mit neuen Produkten merklich erhöhen. In der Branche Software, Datenverarbeitung und Informationsdienste stieg der Neuproduktumsatz auf 22,8 Milliarden Euro. Fünf Prozent des Branchenumsatzes entfielen auf Marktneuheiten, während der Anteil von Nachahmerinnovationen bei 27 Prozent lag. In der Telekommunikation trugen 2008 Produktinnovationen mit 23,3 Milliarden Euro zum Gesamtumsatz der Branche bei. Marktneuheiten spielen mit einem Anteil von sieben Prozent am Branchenumsatz eine vergleichsweise größere Rolle.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Wundermittel

Gesetzliche Mindestlöhne entwickeln sich allmählich zu wahren Wundermitteln gegen vielerlei Unbill. Aber wie für alle Medikamente gilt hier der Rat, sich nach Risiken und Nebenwirkungen zu erkundigen.

Als erstes sollen Mindestlöhne das Dilemma bei der Festlegung der Leistungen des Arbeitslosengelds II heilen. Nach dem vor einigen Monaten ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Arbeitslosengeld II hatte ein Überbietungswettbewerb bezüglich der Höhe der Regelsätze eingesetzt. Dabei hatte das Gericht zwar unter anderem einige Berechnungsverfahren als zu „freihändig“ konzipiert verworfen, dem Gesetzgeber indessen bescheinigt, dass diese Grundversicherung „nicht als evident unzureichend“ anzusehen sei. Gleichwohl wurden unter Berufung auf dieses Urteil Regelsätze von mindestens 400 Euro gefordert mitunter sogar 500 Euro. Wie auch immer, damit wäre der Konflikt mit dem Lohnabstandsgebot noch gravierender geworden, welches darauf abzielt, dass sich eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt signifikant mehr lohnen muss als die Unterstützungszahlungen. Mindestlöhne lösen diesen Konflikt scheinbar wundersam auf. Die Arbeitnehmer im Bereich der unteren Lohnskala bekommen höhere Entgelte, Hartz IV-Empfänger erhalten steigende Regelleistungen und trotzdem wird dem Lohnabstandsgebot Genüge getan. Miraculix würde ob dieses Zaubers vor Neid erblassen.

Ein zweiter Schmerz kann angeblich ebenfalls mit Mindestlöhnen gelindert werden, nämlich die Abwehr eines unliebsamen Wettbewerbs auf hiesigen Arbeitsmärkten, wenn ab Mai nächsten Jahres die volle Freizügigkeit für Arbeitskräfte aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 hergestellt sein wird. Schon werden Kolossalgemälde über den dann zu erwartenden Zustrom von Arbeitskräften und einem damit einhergehenden „Lohndumping“ angefertigt. Abgesehen davon, dass sich die entsprechenden Wanderungen von Arbeitskräften aus diesen Ländern nach Deutschland vermutlich in engen Grenzen halten werden, könnten die Arbeitnehmer anderer Branchen, die hierzulande ebenso unter internationalem Wettbe-

werbsdruck stehen, ähnliche Schutzmaßnahmen einfordern. Denn prinzipiell macht es keinen großen Unterschied, ob Waren und Dienstleistungen in Deutschland deshalb preiswerter angeboten werden, weil sie hier mit vergleichsweise gering entlohnten osteuropäischen Arbeitskräften hergestellt werden, oder ob es sich um preiswerte Importgüter aus Osteuropa handelt, welche dort zu niedrigeren Arbeitskosten produziert werden.

Einem Mindestlohn wird aber drittens noch mehr zugetraut, nämlich die „soziale Schieflage“ abzumildern, weil sich die Niveaus der unteren und mittleren Arbeitseinkommen zunehmend voneinander entfernen. Mindestlöhne erhalten in diesem Zusammenhang sogar höhere Weihen. Die Menschenwürde erfordere, von seiner Hände Arbeit leben zu können. Wer wollte den Menschen dieses Allheilmittel verwehren?

Bevor ein Medikament zugelassen wird, muss die Pharmaforschung fundierte klinische Tests beibringen, um seine Tauglichkeit zu belegen. In der Ökonomie bedient man sich bei der Eignungsprüfung wirtschaftspolitischer Maßnahmen meist ökonomischer Untersuchungen, zuweilen helfen Erfahrungen. Die Resultate sind für das Medikament Mindestlohn desaströs. Bestenfalls ist der Mindestlohn ein Placebo, weil er unterhalb des Marktlohns liegt, also nicht bindend ist. Nur in Ausnahmefällen zeigt ein Mindestlohn positive Effekte. Im Regelfall jedoch vernichtet er Hunderttausende von Arbeitsplätzen ausgerechnet im Bereich geringqualifizierter Arbeit, also bei der Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt. Dies belegen nicht nur zahlreiche wissenschaftliche Studien, sondern ebenso die Erfahrungen in Frankreich. Dort führte die Anhebung des Mindestlohns vor einigen Jahren zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit geringqualifizierter Jugendlicher.

Das Wundermittel Mindestlohn entpuppt sich somit als eine Arznei mit außerordentlich schädlichen Nebenwirkungen. Seine Zulassung ist mithin zu versagen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim . Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim . Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010